



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die Förderung von Familien und Kindern ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit. Ein nachhaltiges, gerechtes und finanzierbares Konzept bildet den Mittelpunkt einer guten Familienpolitik. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat hier außer Stückwerk und rückwärtsgewandter Klientelpolitik nichts anzubieten, Beispiel: das Betreuungsgeld. CDU/CSU und FDP hängen gedanklich immer noch in den 1950er Jahren fest und lassen viele Familien im Stich. Wir hingegen wissen, dass die Realität eine andere ist: Junge Eltern brauchen endlich mehr Anreize, mehr Flexibilität und eine gesicherte Zukunft für sich und ihre Kinder.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen genau dafür ein. Denn wir machen eine Politik aus der Perspektive der jungen Frauen und Mütter. Wir lassen kein Kind zurück. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Vorstellungen von Familie verwirklichen können.

Dafür brauchen wir eine familienfreundliche Arbeitswelt, mehr und bessere Betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld. Wir haben unsere Ziele klar formuliert: Mit der Rücknahme des unsinnigen Betreuungsgeldes schaffen

wir weitere Mittel für den Ausbau bei der Kinderbetreuung. Erzieherinnen und Erzieher sollen besser ausgebildet und angemessen entlohnt werden. Gleichzeitig wird eine SPD-geführte Bundesregierung die Kommunen, die für den Ausbau der Betreuung verantwortlich sind, um mehrere Milliarden Euro jährlich entlasten. Bis 2020 soll jede Schülerin und jeder Schüler einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule erhalten. Unternehmen werden verpflichtet, Lohn-diskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden, denn es kann nicht sein, dass Frauen im Durchschnitt knapp 22% weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Unser Neues Kindergeld sorgt für mehr Gerechtigkeit und eröffnet eine wirkliche Entlastungsperspektive bei Eltern mit geringerem Einkommen. Und auch junge Menschen, die eine Familie gründen wollen, profitieren von der Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit 150 Jahren für das Recht der Selbstverwirklichung aller Menschen ein. Für uns ist klar: Familie und Beruf dürfen einander nicht ausschließen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen von CDU/CSU und FDP besteht darin die echte Wahlfreiheit. Dafür lohnt es sich jeden Tag aufs Neue zu kämpfen!

Euer André Stinka
Generalsekretär der NRWSPD

150 JAHRE SPD – WIR FEIERN GEMEINSAM AUF ZOLLVEREIN!

Am 9. Juni 2013 feiern wir in Nordrhein-Westfalen das 150-jährige Parteijubiläum der SPD. Die zentrale Festveranstaltung findet auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen statt.

Zusammen mit Bürgerinnen, Bürgern und prominenten Gästen werden wir auf die Vergangenheit und die Zukunft der SPD anstoßen.

Die gemeinsame Veranstaltung des Unterbezirks Essen und der NRW wird von einem bunten Bühnen- und Musikprogramm eingerahmt. Höhepunkt ist die Rede von Hannelore Kraft, die auch live in die Unterbezirke in NRW übertragen wird. Die Ortsvereine und Gliederungen der SPD Essen präsentieren sich mit Ausschnitten aus ihrer reichen Historie. Auch Freunde und Partner wie die AWO, die Falken sowie die Schausteller Essen, der ASB und die Gewerkschaften werden vor Ort sein.

Die Schausteller sind bereits ab Samstag (8. Juni) an gleicher Stelle mit einem historischen Jahrmarkt vertreten, der am Sonntag auch Teil unserer Fest-Veranstaltung ist. Das älteste Fahrgeschäft stammt übrigens aus dem Jahr 1863! ■



**EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.**

HIER NOCH EINMAL DIE HIGHLIGHTS:

- Familienfest mit Unterhaltung für Alt und Jung
- Rede unserer Landesvorsitzenden Hannelore Kraft um 12 Uhr
- Historischer Jahrmarkt (ab Samstag, 8. Juni)
- Jazz, Rock, Pop u. a. mit der Band BRINGS
- SPD-Currywurst und andere Köstlichkeiten
- Gewinnspiel – 3 x 2 Karten für eine Fahrt nach Berlin (16.–18.08.13)

Wir freuen uns sehr darauf, Dich am 9. Juni in Essen zu sehen. Auch Deine Familie, Freunde und Bekannten sind herzlich willkommen!

Wann? Sonntag, 9. Juni 2013, 11 bis 18 Uhr
Wo? Zeche Zollverein
(Forum Kohlenwäsche) in Essen

DEN LIVE-STREAM DER REDE VON HANNELORE KRAFT GIBT ES UM 12 UHR AUF: WWW.NRWSPD.DE.



Garrelt Duin ist Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

WIND BRAUCHT KOHLE BEIM STROM DROHT EIN PREISSCHUB / MERKEL OHNE PLAN

Hundert Prozent Strom aus Wind und Sonne ohne fossilen Backup kann heißen, dass Lichter ausgehen oder Maschinen stoppen. Denn die Sonne versteckt sich gern hinter Wolken, und man kann die Uhr danach stellen, wann sie hinter der Erdkrümmung verschwindet. Und der Wind geht auch mal schlafen.

Diese Naturgesetze wirken besonders bei der Energiewende. Deshalb: Wind braucht Kohle – natürlich auch Gas. Es klingt wie ein Widerspruch, aber wir reden von Zwillingen, die ohne den anderen nicht leben können: Je mehr wir unseren Strom aus Wind und Sonne beziehen, desto mehr gewinnen Kohle und Gas an Bedeutung.

Gerade wir in NRW schultern die Verantwortung für eine verlässliche Energieversorgung in ganz Deutschland. Da können wir uns nicht allein auf die unsteten Lieferanten des Himmels verlassen. Wir brauchen die Schätze der Erde noch Jahrzehnte – so lange, bis Ingenieure massentaugliche Speichersysteme entwickelt haben und neue Strom-Autobahnen gebaut worden sind. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Landesregierung steht uneingeschränkt hinter der Energiewende, die übrigens bereits im Jahr 2000 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden ist – ehe Kanzlerin Merkel sie aushebelte, um sie dann Hals über Kopf nach Fukushima wieder einzuführen. Aber bis heute fehlt ihr dafür ein Plan. Das könnte sich rächen.

Es geht nicht allein um Klimaschutz. Ich nenne zuerst eine stabile Stromversorgung rund um die Uhr, sichere Arbeitsplätze und erträgliche Preise. Es besteht Handlungsdruck, diese Ziele zu erreichen. Aber Merkel ohne Plan verunsichert Unternehmen und Investoren. Sie halten ihr Geld zurück – statt Kraftwerke zu bauen, Fernkabel zu legen, den Bau von Windmühlen auf See voranzutreiben oder intelligente Verteilnetze („Smart Grids“) in Städten und Gemeinden zu installieren.

Merkel muss auch das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) dringend reformieren. Sonst wird der Strom zu teuer. Ein Preisschub würde die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie ins Wanken bringen. Es droht eine schleichende De-Industrialisierung. Die USA, dank billiger Energie attraktiv geworden für Investoren, reiben sich schon die Hände. ■

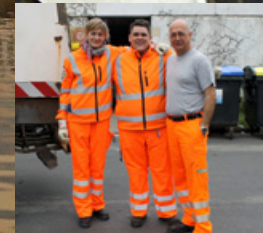
von Garrelt Duin

ERFOLGREICHE WOCHE DER INFRASTRUKTUR IN NRW

Vom 2. bis 7. Mai 2013 haben sich mehr als 75 Abgeordnete sowie Kandidatinnen

und Kandidaten für die Bundestagswahl in über 55 Terminen über Brückenprojekte, Häfen, Bahnverbindungen, Verkehrsbetriebe, Recyclinganlagen, Betriebshöfe, Flughäfen, Stadtteilprojekte, Quartiersentwicklungen oder Kläranlagen informiert und darüber mit Expertinnen und Experten vor Ort diskutiert. Die „Woche der Infrastruktur“ der NRWSPD bildete den Abschluss der zweieinhalbjährigen Diskussionen der Arbeitsgruppe „Allianz für Infrastruktur“, die Ende November 2010 vom Landesvorstand eingesetzt wurde. Eingerahmt waren die Aktionstage durch zwei große Informationsveranstaltungen. Am 2. Mai erörterte Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, in Düsseldorf das Thema „Finanzierung von Infrastruktur“. Ein

weiterer Höhepunkt war das von den SPD-Fraktionen aus Land und Bund organisierte „Zukunftsforum“ am 7. Mai in Duisburg, bei dem unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit seinen wirtschaftspolitischen Visionen unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ überzeugen konnte. Der Dank gilt allen Abgeordneten, Kandidatinnen und Kandidaten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die die Termine vorbereitet, durchgeführt und so zum Erfolg der „Woche der Infrastruktur“ beigetragen haben. ■



Vorweg ein kleines Beispiel: Man stelle sich vor, es gäbe ein Unternehmen, dem alle Autobahnen in Deutschland gehören. Bisher galt kein Tempolimit. Doch nun bestimmt das Unternehmen, dass nur noch eine einzige Automarke so schnell fahren darf, wie es beliebt. Alle anderen Autos müssen Schrittgeschwindigkeit fahren.

Überträgt man das Beispiel auf die Debatte um die Netzneutralität und die Pläne der Deutschen Telekom, heißt das: Wenn eine bestimmte Datenmenge im Internet abgerufen wurde, wird die Surfgeschwindigkeit gedrosselt. Es bleiben dem Kunden nur noch 384 Kilobit pro Sekunde, also rund 2% der sonst üblichen Geschwindigkeit. Gleichzeitig können eigene Dienste der Telekom oder von Partnerunternehmen weiterhin mit voller Übertragungsgeschwindigkeit genutzt werden.

Dieses Vorgehen verletzt die Netzneutralität, bei der es darum geht, dass alle Daten im Internet unabhängig von Sender und Empfänger gleich schnell transportiert werden. Einige Dienste werden damit bevorzugt, während der Rest der Daten durch die Leitungen schleicht. Video-streams, Internettelefonie und weitere Angebote, die auf schnelle Verbindungen

NETZNEUTRALITÄT – EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT!

angewiesen sind, werden faktisch unbenutzbar.

Die Telekom übernimmt eine Vorreiterrolle und weitere Provider könnten folgen. Die großen Dienste, wie beispielsweise Google und Facebook, könnten exklusive Verträge mit den Providern abschließen. Kleine Firmen, Start-Ups und unkommerzielle Seiten, wie Wikipedia oder Lernplattformen, würden benachteiligt.

Eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ist wichtig, weil hier wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen aufeinander prallen. Die SPD-Fraktion hat am 16. Mai 2013 zusammen mit den Grünen einen Antrag ins Landesparlament eingebracht, der eine Bundesratsinitiative für die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität fordert.

Wir wollen Chancen für neue, innovative Firmen im Internet sichern und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ein Zwei-Klassen-Internet verhindern. ■

von Alexander Vogt



Alexander Vogt
MdL ist medienpolitischer
Sprecher der
SPD-Landtags-
fraktion



Mitschnitt der Rede von Alexander Vogt zum Thema Netzneutralität am 16. Mai 2013 im Landtag NRW: <http://goo.gl/Bsg4w>

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM JUNI ...**

... ZUM GEBURTSTAG

103 Jahre: Hildegard Scharnowsky

102 Jahre: Johanna Berlin
Josefine Fechenbach

100 Jahre: Ingeborg Braun
Herta Hämmerling
Hans Holz

98 Jahre: Luise Masseida

97 Jahre: Else Hülsmann
Johann Klimkiewicz
Adelhart Zippelius

95 Jahre: Walter Hempel
Bernadette Klein
Kurt Koblitz
Fritz Kraemer
Charlotte Odermann

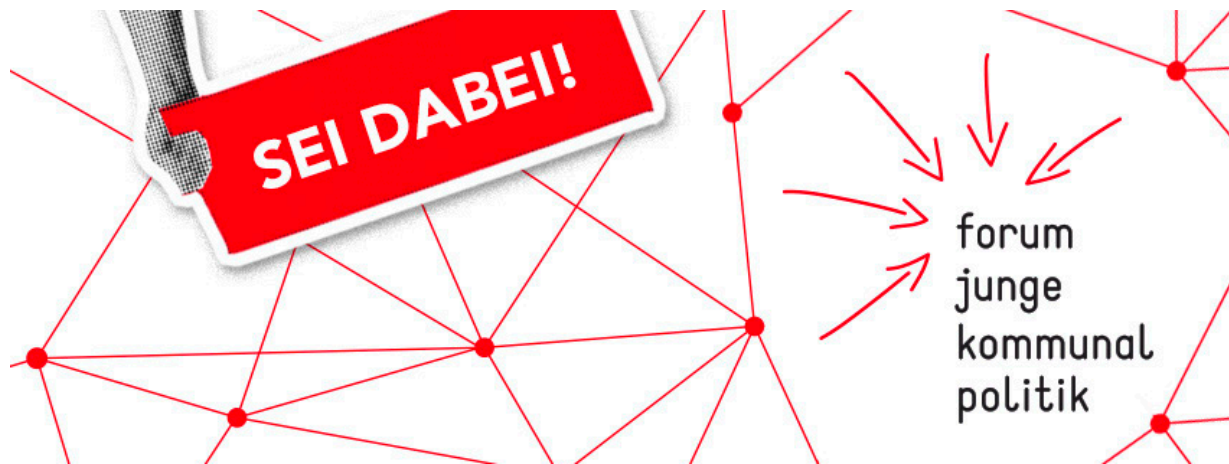
**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

65 Jahre: Günter Lücking

60 Jahre: Hedwig Kastner

55 Jahre: Rudi Hennig
Karl Kaubisch
Grete Weikart
Reinhold Zimmermann

50 Jahre: Klaus Adler
Dieter Bräuning
Aenne Gesche
Jürgen Hitz
Wilfried Kessemeyer
Heinz Krüger
Heinz-Günther Lünemann
Anneliese Rost
Gerd Wiesemes



**VERNETZEN LEICHT GEMACHT:
DAS „FORUM JUNGE KOMMUNALPOLITIK“!**

Du interessierst Dich für Kommunalpolitik? Du würdest Dich gern für Deine Gemeinde, Deine Stadt, Deinen Kreis engagieren? Das „Forum junge Kommunalpolitik“ ist eine Initiative von NRWSPD, NRW Jusos und SGK NRW mit dem Ziel, Dich fit für die Kommunalpolitik zu ma-

chen und Dir ein Netzwerk aller kommunalpolitisch interessierter Genossinnen und Genossen in NRW anzubieten. Dabei ist es egal, ob Du „nur“ interessiert bist, mit dem Gedanken spielst, Dich in einem kommunalen Rat zu engagieren oder um ein Amt zu bewerben. Jetzt „Liken“ bei Facebook und dabei sein! ■

www.facebook.com/ForumJungeKommunalpolitik



**NRWSPD BERUFT NEUEN
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER**

Jürgen Angenendt ist neuer Landesgeschäftsführer der Nordrhein-Westfälischen SPD. Er folgt auf Bernd Neuendorf, der die Aufgabe bis Oktober 2012 innehatte. Vor seiner Berufung arbeitete Angenendt seit 2000 als SPD-Geschäftsführer in Oberhausen und seit 2008 als Büroleiter von Michael Groschek und André Stinka in der SPD-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. ■

Die NRWSPD trauert um

Annette Preuß

die am 12. April 2013 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

Annette Preuß hat sich als Mitarbeiterin der SPD ihr ganzes Leben lang mit großer Kraft und Überzeugung für die Ideen der sozialen Demokratie eingesetzt, zunächst bei den SJD/Die Falken sowie 46 Jahre beim SPD-Landesverband NRW und SPD-Bezirk Mittelrhein. Die SPD hat Annette Preuß vieles zu verdanken. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands Landesverband NRW**

André Stinka, Generalsekretär
Dirk Presch, Betriebsratsvorsitzender
Dietmar Nietan, Vorsitzender der
SPD-Region Mittelrhein

JUBILÄUM HOCH DREI MIT HANNELORE KRAFT IN ZONS

1. Mai 2013: Strahlender Sonnenschein und strahlende Gesichter bei den Veranstaltern. Mehr als 500 Menschen waren der Einladung der SPD gefolgt. Denn gleich drei Jubiläen gab es im Rhein-Kreis Neuss zu feiern: 150 Jahre SPD, 100 Jahre Ortsverein Zons und 50 Jahre Jusos Dormagen. Auf Einladung von Rainer Thiel MdL war

auch unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft auf der Freilichtbühne in Zons zu Gast, um zu gratulieren und gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen zu feiern. Weitere Redner waren Klaus Krützen, Bundestagskandidat und Vorsitzender der Kreis-SPD, Andreas Behncke, Ortsvereinsvorsitzender in Zons sowie Erik Lierenfeld und Andreas Böckamp für die Jusos. Immer wieder kamen die Redner auf das zuspochen, was ihnen in der 150-jährigen Geschichte der SPD das Wichtigste ist: die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. ■



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: André Stinka,
SPD-Landesverband NRW,
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Christian Obrok
E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de